

Eisenbahn und Landwirtschaft.

Die andauernden Verkehrserschwerigkeiten — Wagenmangel, Verkehrsstoppen, Eisenbahnverkehr — haben in der Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln gewaltig fühlbare Störungen verursacht. Tausende von Tonnen Düngemittel konnten trotz rechtzeitiger Bestellung und trotz nachweisbarer Vereinfachung zum Abtransport an die Landwirtschaft nicht mehr rechtzeitig zur Frühjahrsbefruchtung zugeführt werden. Kein Wunder, wenn seitens der Landwirte, denen doch andauernde Produktionssteigerung gepredigt wird, ernste Klagen laut werden. Es ist nur zu leicht verständlich, daß dem Landwirt jede Lust zur Steigerung der Erzeugung genommen wird, wenn ihm nicht mehr als bisher mit den Mitteln zur Erreichung des gewünschten Zieles an die Hand gegangen wird. Auch bei der Beschaffung der Futtermittel und Streumittel, von Saatgut waren ernste Klagen an der Tagesordnung. Dies galt ganz besonders beim Verkehr mit Saattartoffeln. Vorigen Herbst barrierten große Mengen Saattartoffeln zu noch verhältnismäßig billigen Preisen der Verladung. Sie konnten aber trotz aller Bemühungen infolge Verzögerens der Eisenbahn nicht verschifft werden. Jetzt im Frühjahr mußten drei- bis vierfache Preise angelegt werden, abgesehen von den inzwischen wiederholt eingetretenen Frachterhöhungen um etwa 40 Prozent.

Vor allem muß für eine durchgehende bessere Wagengestellung gesorgt werden. Zwar wird eine eigentliche Abhilfe wohl erst eintreten, wenn die Binnenkanäle ausgebaut sein werden, denn erst wenn für einen großen Teil von Gütern die Möglichkeit geschaffen ist, die Eisenbahn nur noch auf kurzen Strecken benutzen zu müssen, wird der Wagenmangel verschwinden. Bis dies aber so weit ist, vergeht noch manches Jahr. Die Bahn muß deshalb, so schwer es auch ist, mit allen Mitteln dafür sorgen, mehr gedeckte Wagen zu beschaffen. Zur Erzielung eines rascheren Wagenlaufes, der noch amtlichen Aufzeichnungen gegen die Vorzügezeit eine Verlangsamung um 60 Prozent aufweist, muß alles aufgeboren werden. Mit sofortiger Wirkung müssen die Lieferfristen, die seit Kriegsbeginn aufgehoben sind, wieder eingeführt werden; wenn die Bahn die durch die E. B. O. bestimmten Beträge für Lieferfristenberechnungen erst wieder ersehen muß, sorgt sie sicher ganz von selbst für eine raschere Beförderung der Güter. Auch sonstige Beschleunigungsmöglichkeiten sind noch offen: Alle in einem Zug eingestellten Wagen müssen von der Zugangsstation der Empfangsstation telephonisch vorgemeldet werden, so daß die Empfänger sofort nach Eintreffen des Wagens mit der Entladung beginnen können. Bei richtiger Auffassung können die von der Bahn hiergegen geltend gemachten Ansprüche vermieden werden. Für frühzeitige Entladung eines Wagens müssen Entladeprämien im Gegensatz zu den Wagenstandgebern gewährt werden. Man gebe dem Entladearbeiter diese Prämien, und man kann Wunder erleben.

Auch das Eisenbahntariffwesen bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Die vielen Vermischungen, insbesondere in der Gütereinteilung, müssen endlich verschwinden; die Tarifvorschriften müssen unbedingt klarer gefaßt werden, so daß Zweideutigkeiten ausgeschlossen sind. Wo Schwierigkeiten nicht zu umgehen sind, muß den Verfrachtern seitens des Liebernahmepersonals viel mehr Entgegenkommen gezeigt werden als bisher. Viele Frachtklammern der letzten Jahre beweisen, daß den Tarifmachern häufig jedes Verständnis dafür fehlt, daß ein Tarif nicht nur aufgestellt werden darf, sondern daß er auch andauernd sein muß. Einfachere Tarife verhindern die Unsummen von Frachtklammern. Die Bahn könnte dann ein ganzes Heer von Beamten ersparen bzw. anderweitig beschäftigen. Jedenfalls aber darf die Eisenbahn bei Frachtklammern in Fällen, wo es sich lediglich um

unwesentlich ungenauere Angaben oder verzeihlichen Irrtümern seitens des Frachtfreiausfertigers handelt nicht in der bisherigen ablehnenden Weise verfahren. Die Landwirtschaft muß die mit der Umarbeitung des Gütertariffs verbundenen Neuerungen der letzten Jahre als härten drückendster Art bezeichnen; alle Tarifänderungen seit 1. Dezember 1920 haben der Landwirtschaft fast ausnahmslos nur einseitige Erschwerungen schlimmer Art gebracht. Es soll nun am 1. Juli dieses Jahres, um den durch die prozentuale Frachterhöhung entstandenen Schäden zu begegnen, die organische Einarbeitung der Zustöße in das Tarifsystem stattfinden, und die Landwirtschaft muß verlangen, daß ihren berechtigten Wünschen endlich mehr Beachtung getragen wird. Vor allem müssen in den Ausnahmetariff für Düngemittel unbedingt alle Dingen mit aufgenommen werden.

Ein Vorstoß, dem die Eisenbahn endlich näher treten sollte, und der den Wagenmangel tatsächlich teilweise beheben würde, ist die Einführung von sogenannten Saisonkarten für die Monate Mai—August. In diesen Monaten, in denen erfahrungsgemäß die Düngestellungsarbeiten mit leeren gedeckten Wagen alljährlich überfällt sind, die nutzlos herumliegen, soll durch Gewährung von empfindlichen Frachtermäßigungen ein Anreiz zur Befrachtung solcher Güter gegeben sein, die erst im Herbst oder im Winter benötigt werden. — Zu einem ganz wunden Punkt hat sich der Nebengebührtariff der Eisenbahn entwickelt. Die Gebühren, denen oft ganz geringe Dienstleistungen gegenüberstehen, sind ins Unerträgliche gesteigert worden.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Eine bedeutsame Rede von Stinnes.

In Essen ist eine Tagung der nordwestdeutscher Wirtschaftsverträtungen abgehalten worden, auf der bedeutende Worte über unsere Wirtschaftslage gefallen sind. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand ein groß angelegte Rede von Hugo Stinnes. Nach seiner Ausführungen sieht wir mit zwei Milliarden Goldmark in der Handelsbilanz passiv. Wenn wir alle leben wollen, so müssen wir mindestens für dieselbe Summe Goldmark jährlich mehr produzieren. Als

dann kam Stinnes auf unsere Schulden aus dem Vertrag von Versailles zu sprechen und betonte dabei: Wenn man nun von einem Schuldner im Privatleben verlangt, er soll seine Schuld bezahlen, und der Schuldner hat kein Geld, so muß man ihm zunächst die Möglichkeit geben, daß er arbeiten kann, und man muß auch die Bedingungen so stellen, daß er arbeiten kann. Und wer glaubt wohl hier, daß die deutsche Wirtschaft, ja viel mehr arbeiten muß, darüber kann kein Zweifel sein, wenn sie nur leben will, darüber hinaus in Wirtschaftlichkeit noch erheblich mehr arbeiten wird und auch entlastet ist, zu arbeiten, wenn man ihr in Aussicht stellt, daß man in 30 Jahre lang ein Frontleben führen soll, ein ganzes Volk, aus der Differenz im Lebensstandard ein ganzes Menschenalter hinaus ihr die Gelder abdrücken zu können, die an anderen Stellen verbraucht werden. Das sind Zumutungen, die mit der menschlichen Natur nicht in Einklang stehen.

Die Rentenpaukenleihe tut es nicht, sie tut genau das Gegenteil. Sie schafft ein bis zwei Jahre eine sogenannte Rentenpauke, in der verprochen wird, die Inflation abzustellen, in der aber in Wirklichkeit die Inflation nicht abgestellt wird und nach meiner Meinung auch durch die Anleihe nicht abgestellt werden kann.

Sie schafft eine finanzielle Lieberbewertung der Mark. Sie schafft weiter dasjenige, was nach meiner Meinung die beiden Parteien Deutschland und Frankreich sich weiter gegenübersehen und daß mehr und mehr solche Verhältnisse in der Wirtschaft entstehen, daß Deutschland sich von den Nachbarn von Frankreich unabhängig macht, und Frankreich zunächst nicht weiß, wo es mit seinen Rohstoffen und Halbzeugen aus den ammetierten Gebieten bleiben soll. Ich sehe darin eine ungeheure Erschwerung und nicht eine Erleichterung der zukünftigen Regelung der Verhältnisse. Nach meiner Meinung muß deshalb versucht werden, endgültige Verhältnisse so schnell wie möglich herbeizuführen, und diese endgültigen Verhältnisse müssen zum Ziele haben, abgesehen von der Beschaffung der einseitigen Feststellung des Weltmarktverhältnisses — so daß auch tatsächlich für die deutsche Mehrarbeit Platz ist — die Schaffung von Vorbedingungen einer gewissen länger anhaltenden Konjunktur und eines verzehrerischen Verbrauchs auf der Welt, so daß die größere Produktivität, die in Mitteleuropa, überhaupt in ganz Europa und der Welt entsteht, auch tatsächlich Abfluß findet in die Weltkonjunktur hinein, die zweifellos liberaler entfallen ist, und daß der Krieg jahrelang nur zerstört und nichts geschaffen hat.

Die Ideen — erklärte Stinnes weiter — die vor ungefähr einem Jahr in England ventiliert wurden, daß man z. B. den Ueberfluß der deutschen Produktion in irgendwelche große Eisenbahnunternehmen in Afrika bei den Wilden anlegen soll, bloß damit sie aus der Welt geschafft würden, halte ich für so abwegig, und geradezu für verbrecherisch in ihren Grundgedanken, denn man sich klar darüber ist, daß in Zentral- und Ost-Europa 300 Millionen Menschen heute zum Teil hungern, weil ihnen mangels Transportmitteln und mangels der nötigen Einrichtungen die nötigen Waren- und Produktionsgegenstände nicht zugeführt werden können.

Verleumdungen und Anleihe.

Zum Schluß hob Stinnes noch folgendes mit Nachdruck hervor: „Es ist auch nicht denkbar, daß in Deutschland die nützliche Leistungsfähigkeit wieder kommt, so lange der Druck der Beschäftigung auf uns lastet, der überhaupt ein unwidriger Druck ist. Man kann ein Volk, mit dem man Frieden geschlossen hat, nicht immer mit dem Bajonet behandelt und mit dem Recht, das man vielleicht im Krieg ertrotzt, das man im Frieden aber unerträglich findet. Man kann ein Volk auch nicht mit Schwarzen behandeln, und man kann auch nicht bei unzähligen Kommissionen, die ungeheuer viel Kosten verursachen, erwarten, daß die Produktivität steigt. Wir können aus diesen Anleiheverhandlungen unendlich viel Gutes bekommen, wenn die Geldgeber dafür sorgen, daß die Dinge in Europa so gestaltet werden, daß wirklich gute Unterlagen durch die Anleihe für die europäische Wirtschaft geschaffen werden. Wir können aber durch eine kleine provisorische Anleihe in ein noch viel größeres Elend gebracht werden, als wir es jetzt schon haben. Ich muß betonen, wie ich es an anderer Stelle schon getan habe, daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte; denn den Franzosen würde dann gezeigt werden, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Inflationen noch weniger bekommen. Man darf also nur endgültige Lösungen treffen, und wir müssen zeigen, daß die Liquidität mit unerträglichen Mitteln einmal aufhören muß.“

Die Anleiheverhandlungen.

Vor der Entscheidung.

Am Mittwoch ist in Paris die Reparationskommission zusammengetreten, um offiziell den Wortlaut ihrer Antwort auf die ihr von dem internationalen Bankierausschuß vorgelegte Frage festzustellen. Ist die Kommission vom Gesetze Poincaré erfüllt, so wird diese Antwort kaum befriedigend ausfallen — denn:

Wie unterrichtet amerikanische Kreise in Paris mit Bestimmtheit verfügen, habe Poincaré der Reparationskommission durch Vermittlung von Dubois kategorisch erklärt, daß Frankreich in keine Bewilligung der Reparationsziffer einwilligen werde.

Trotz dieser Erklärung Poincaré hofft der mandmal ebenfalls gut orientierte „Petit Parisien“ noch auf eine Lösung. Er ist der Ansicht, der Bankierausschuß werde, falls die Kommission antwortet, daß die Ziffer der deutschen Schuld, nämlich 132 Milliarden Goldmark, nicht endgültig sei, sich zweifellos für berechtigt halten in seinem Bericht auszusprechen, wie hoch der Betrag der deutschen Schuld und der zu ihrer Liquidation erforderlichen Anleihe sein sollte. Er werde also dann eine ebenso praktische wie vollkommene Lösung vorschlagen. Diese Lösung werde auf einer Minderung der Forderungen der Alliierten beruhen. Es sei aber wahrscheinlich, daß die Reparationskommission den Anleiheausfluß erziehen werde, sich nicht mit der Gesamtsumme der deutschen Schuld zu beschäftigen. In diesem Falle werde sich der Bankierausschuß, trotzdem er sich bemühen werde, die allgemeinen Bedingungen für die Emission einer Anleihe festzustellen, wahrscheinlich von einer sofortigen praktischen Lösung des Problems fern hal-

ten und mehr theoretische Lösungsversuche ins Auge fassen. Jedenfalls werde aber dadurch die Tür für ein späteres Studium der Frage nicht geschlossen werden.

Verband der deutschen Gewerksvereine.

Im den 14. Juni d. Tag.

In Berlin hält gegenwärtig der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) seinen 21. Verbandstag ab. In seiner Begrüßungsansprache übermittelte Reichstagsminister Schmidt die besten Wünsche der Reichsregierung. Es sei die Aufgabe der großen Arbeiterorganisationen, der Arbeiterfrage die durch die Neugestaltung des Staatswesens geschaffene neue Stellung auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zu behaupten. Der preussische Handelsminister Siering bezeichnete die Aufrechterhaltung des Achtstundentages und anderer mühsam gewonnener Erwerbsbedingungen als die Hauptaufgabe der Gewerkschaft.

Der Verbandstag faßte eine Reihe von Entschlüssen. So wurde gefordert eine vollberechtigte Einordnung der Arbeitnehmer in die Wirtschaft. Wegen der sozialpolitischen Bedoemung von oben wurde Einspruch erhoben und die Regierung erfußt ein Sozialpolitik zu treiben, die den demokratischen Ideen der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung mehr Rechnung trägt. Der Reichstag soll sozialpolitische Gesetze, die diesen Forderungen nicht Rechnung tragen, an die Regierung zurückverweisen. Der Verbandstag bekannte sich weiter zum Gedanken der Wirtschaftsgemeinschaften. Schließlich wurde die baldige gegenseitige Regelung der Arbeitslosenversicherung gebilligt. Auch die Haftangestellter, alle Anarbeitenden sollen von dieser Versicherung erfasst werden. Über die Frage des Achtstundentages gingen die Meinungen auseinander. Gegen eine Entschärfung, die grundsätzlich am Achtstundentag festhielt, aber die Möglichkeit offen ließ, aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen Abweichungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren, wurden von verschiedenen Seiten erhebliche Bedenken geltend gemacht.

Neuer Polenterror in Oberschlesien.

Erweiterung des Belagerungszustandes.

Die Deutschen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens stehen nach wie vor unter größtem polnischen Terror. Die Internationalisierte Kommission verhängte mit sofortiger Wirkung über die Gemeinden Schmitzschowitz, Bismarckhütte, Gubulohütte und Lipine den Belagerungszustand. Der polnische Terror der Belagerungszustand nicht die erhoffte Wirkung zu haben, denn die Meldungen von polnischen Schreckensstaten häufen sich wieder erschreckend.

Probierbriefe an die Deutschen.

In Königshütte wurden an 500 angesehene Bürger der Stadt Briefe folgenden Inhalts zur Post gegeben:

„Anforderung. Sie haben den polnischen Boden bis zum 10. Juni zu verlassen, wenn Sie am Leben bleiben wollen.“

„Rache für Gleiwitz.“ In Neudorf im Kreise Ratiboritz wurde ein Deutscher überfallen, mit Schußwaffen bedroht und aufgefordert, nachdem ihm seine Wertsachen abgenommen war, den Ort mit Familie zu verlassen. In der Waldberger Kolonie Neudorf wurden durch einen öffentlichen Anschlag 11 deutsche Familien zum Verlassen der Kolonie aufgefordert. In Halenba wurde in der Nacht zum 5. Juni ein Deutscher überfallen und beraubt. Auch in Pachtowitz wurden Deutsche mißhandelt.

Politische Rundschau

— Berlin, 8. Juni 1922.

Wieder eine Forderung der Reparationskommission. Wie aus Berlin gemeldet wird, fordert die Reparationskommission Einsicht in die deutschen Außenhandelsstellen. Diese Forderung, die bisher noch nicht aufgestellt worden war, hat in maßgebenden, besonders aber natürlich in Industriekreisen, außerordentlich peinlich berührt. Zweifellos ist durch diese Forderung eine neue kritische Situation geschaffen worden.

Die bedrohten Eisenbahnen in Westdeutschland. In der Note der Alliierten, in der die Beförderung gewisser Bahnlinien in Westdeutschland gefordert wird, ist man strategische Bedeutung beiläufig, steht eine Antwort Deutschlands an die Vorkontrollkommission und an die alliierten Regierungen bevor, in der zum Ausdruck gebracht werden dürfte, daß die Forderungen der Alliierten den veränderten Grenzverhältnissen nicht genügend Rechnung tragen. Die beanstandeten Bahnlinien haben fast ausschließlich wirtschaftliche Bedeutung, und ihre Beförderung würde also nur eine neue wirtschaftliche Belastung Deutschlands zur Folge haben. Dazu kommt die Tatsache, daß die geforderten Beförderungsarbeiten Milliardenkosten verursachen würden, deren Aufbringung sicherlich nicht im Interesse der Reparationsinteressen der Alliierten gelegen wäre.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen sollen in Kürze bedeutend ausgebaut werden, insbesondere durch Wiederaufrichtung des russischen Konsulats in Breslau. Während Deutschland vorläufig im eigentlichen Ausland konsularische Vertretungen nur in Moskau und Petersburg einrichten beabsichtigt, wird Russland noch im Laufe dieses Sommers an den wichtigsten Handels- und Industriezentren des Deutschen Reiches Konsulate errichten. Um gegen Zufälligkeiten und mögliche Störungen möglichst gesichert zu sein, wird Russland für das deutsche Gebiet östlich der Weichsel ein Generalkonsulat mit erweiterten Vollmachten in Königsberg i. Pr. unterhalten. Der Polen hat der Errichtung einer diplomatischen Vertretung Russlands im Freien Staat Danzig widersetzt, wird

